



Corona haucht Gewaltakteuren weltweit neues Leben ein

von Dr. Jürgen Brandsch, Caspar Schliephack und Dr. Marcel Dirsus

- › Die Corona-Krise bietet enormes Rekrutierungspotential für Gewaltakteure weltweit.
- › In der Krise profilieren sich Gewaltakteure, indem sie materielle und immaterielle Unterstützung dort leisten, wo Staaten versagen.
- › Während die Bedrohung wächst, werden die Ressourcen zu ihrer Bekämpfung weniger. Hilfe von außen wird unwahrscheinlicher.
- › Deutschland sollte finanziell, logistisch und politisch Hilfe leisten, um die Auswirkungen der Krise in Entwicklungsländern abzufedern und seine Interessen zu wahren.

Inhaltsverzeichnis

1. Hintergrund	2
2. Rekrutierung	2
3. Die Pandemie erhöht Rekrutierungschancen	3
4. Handlungsempfehlungen	6
Impressum	8

1. Hintergrund

Obwohl der Fokus der öffentlichen Diskussion auf Ländern wie den USA, Italien oder China liegt, hat sich COVID-19 auch in Entwicklungsländern rasant ausgebreitet. Aufgrund von limitierten Testkapazitäten ist das gesamte Ausmaß der Pandemie in vielen fragilen Ländern noch nicht abzusehen, doch bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind beispielsweise weit über 20.000 Fälle in verschiedenen afrikanischen Staaten bestätigt. Die dortigen Gesundheitssysteme sind zwar teilweise darin geübt, Virenausbrüche wie Ebola wieder einzudämmen, aber auf das Ausmaß der jetzigen Pandemie sind sie schlecht vorbereitet. Die zu erwartenden ökonomischen und sozialen Effekte sind enorm. Für Sub-Sahara Afrika rechnet die Weltbank beispielsweise mit der ersten Rezession seit 25 Jahren¹ und die UN sieht die Gefahr einer globalen Hungersnot.² Besonders drastisch werden die Auswirkungen dieser Krise für Menschen sein, deren Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Gesundheitsversorgung etwa aufgrund von wirtschaftlichen, politischen oder schlicht geografischen Faktoren bereits vor der Krise erschwert war. Religiöse oder ethnische Minderheiten sowie Flüchtlinge in fragilen Staaten sind besonders gefährdet.³

Die Dramatik der Situation wirft dabei die Frage auf, inwiefern sich die Verbreitung des Virus auf existierende Gewaltkonflikte auswirkt. Tatsächlich ist zu erwarten, dass die COVID-19-Krise und ihre Folgen aus mehreren Gründen ein erhebliches Rekrutierungspotential für Gewaltakteure weltweit bieten. Um die Hintergründe zu erklären, erläutern wir zunächst einige grundsätzliche Mechanismen zur Rekrutierung von Gewaltakteuren. Im Anschluss daran zeigen wir, wie die gegenwärtige Krise diese Mechanismen beeinflusst und geben Handlungsempfehlungen für die deutsche und europäische Politik.

2. Rekrutierung

Gewaltakteure und bewaffnete Gruppen haben überall ein zentrales Problem: Sie müssen Menschen rekrutieren, um ihre Kampfkraft zu erhöhen, haben hierfür aber nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung. Da die Mitgliedschaft in bewaffneten Gruppen gefährlich ist, muss die Gefahr, im Kampf getötet zu werden, durch den (potentiellen) Gewinn, den eine Mitgliedschaft hat, aufgewogen werden. Theoretisch gesprochen, müssen Gewaltakteure selektive Anreize für eine wie auch immer geartete Unterstützung bereitstellen, wobei diese materieller oder immaterieller Natur sein können. Die Teilnahme in einer Gruppe lässt sich nicht nur durch die Erreichung eines höheren Ziels allein rechtfertigen – wie beispielweise eine religiösere Gesellschaft, geringere Ungleichheit oder mehr Rechte für bestimmte Gruppen. Obwohl diese ideellen Gründe für einen Beitritt wichtig sind, müssen die Organisationen zudem individuell für die Mitglieder attraktiv sein, zum Beispiel durch eine Bezahlung oder eine andere Leistung. Andernfalls ergibt sich ein Trittbrettfahrer-Problem. Eine gerechtere Gesellschaft würde beispielsweise auch denen nützen, die nicht dafür gekämpft haben.⁴

Die Herausforderungen der Pandemie und das Potential für Konflikte

Das Rekrutierungsproblem von bewaffneten Gruppen

Für jeden Einzelnen stellt sich daher die Frage, warum er sein Leben für eine bewaffnete Gruppe aufs Spiel setzen sollte, wenn er auch darauf hoffen kann, dass andere auf die Verwirklichung bestimmter Ideale und Zielvorstellungen hinwirken, also diese Arbeit für ihn übernehmen. Daraus ergibt sich eine Situation, in der niemand bereit ist, für das kollektive Ziel ein Risiko einzugehen. Um diesem Problem zu begegnen, nutzen Gewaltakteure eine Reihe von Anreizen, die entweder eine Mitgliedschaft oder eine Unterstützung attraktiv machen sollen. Neben der Zahlung von Sold an ihre aktiven Mitglieder orientieren sich Gewaltakteure bei der Bereitstellung von sozialen und finanziellen Leistungen oft an akuten Bedürfnissen ihrer jeweiligen Zielgruppe, wie durch die Verteilung von Nahrungsmitteln und anderen Gütern, die Versorgung von Invaliden, Witwen und Waisen, den Schutz vor Gewalt (durch andere Akteure) oder den Zugang zu medizinischer Versorgung

Wie bewaffnete
Gruppen rekrutieren

Die Ausbreitung
von COVID-19 bietet
bewaffneten Grup-
pen neue Rekrutie-
rungsmöglichkeiten

Obwohl Gewaltakteure also die Möglichkeit haben, selektive Anreize zu setzen, bleibt dies ressourcenintensiv. Daher nutzen Gewaltakteure häufig zudem externe Faktoren zu ihrem Vorteil, um kostengünstig Unterstützung zu generieren. Eine besondere Rolle kommt dabei staatlicher Gewalt zu, denn häufig reagieren staatliche Akteure auf die Präsenz von anderen, nicht-staatlichen Gewaltakteuren mit repressiver Gewalt.⁵ Da staatliche Akteure Gewalt meistens gegen die Bevölkerung als Ganzes einsetzen, wird diese als willkürlich empfunden, wodurch es unmöglich wird, sich in einem Konflikt zwischen Staat und Rebellen neutral zu verhalten. Die Folge solcher Gewalt ist häufig, dass Zivilisten beginnen, die nicht-staatlichen Gewaltakteure zu unterstützen, um sich vor staatlicher Repression zu schützen. Aus Sicht der nicht-staatlichen Gewaltakteure bietet dies die Möglichkeit, Zivilisten eben diesen Schutz als selektiven Anreiz zu bieten und die Teilnahme damit attraktiv zu machen.⁶

Erhöhtes Risiko für
staatliche Gewalt

Wenn es nämlich sicherer wird, sich Gewaltakteuren anzuschließen, als dies nicht zu tun, vergrößern sich deren Rekrutierungsmöglichkeiten. Zudem löst staatliche Gewalt Rachegefühle aus, die von Rebellen genutzt werden können. Wenn Personen aus der eigenen Familie, dem eigenen Dorf oder der eigenen ethnischen Gruppe getötet werden, reagieren Menschen oft mit dem Bedürfnis, diese Taten zu vergelten. Dies ist besonders häufig der Fall in Gesellschaften, die noch aktiv Blutrache praktizieren.⁷ In der Konsequenz führt staatliche Gewalt häufig zu stark erhöhten Rekrutierungsmöglichkeiten von nicht-staatlichen Gewaltakteuren. Dieser Effekt ist sogar so stark, dass Gewaltakteure die staatliche Gewalt gegen die Zivilbevölkerung selbst provozieren.

3. Die Pandemie erhöht Rekrutierungschancen

Vor diesem Hintergrund stellt die Corona-Krise für Gewaltakteure weltweit aus mehreren Gründen eine Chance dar, neue Mitglieder zu rekrutieren.

Erstens erhöht die Ausbreitung von COVID-19 das Risiko staatlicher Gewalt. Da die Epidemie bereits zu einer Pandemie geworden ist und sich nicht mehr gänzlich eindämmen lässt, haben die meisten Staaten mit massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens reagiert, um die Ausbreitung zumindest zu verlangsamen.⁸ Für die Umsetzung und Erhaltung solcher Lockdowns müssen Staaten aber das Verhalten der Bevölkerung kontrollieren. Ausreichende freiwillige Kooperation lässt sich dabei nur in Ländern erwarten, in denen die Versorgung der Bevölkerung auch während eines Lockdowns gesichert ist. Das ist jedoch in vielen Ländern des Globalen Südens nicht der Fall. Wer zwischen einer hungernden Familie und der Umgehung einer Ausgangssperre wählen muss, wird versuchen, das Haus zu verlassen. In einigen Staaten ist es bereits im April zu Ausbrüchen teils massiver staatlicher

Gewalt gegen Zivilisten gekommen, als Sicherheitskräfte versuchten, staatlich verordnete Maßnahmen wie zum Beispiel Lockdowns durchzusetzen, so etwa in Nigeria⁹ und Kenia.¹⁰ In vielen Ländern Afrikas kam es bereits zu politischen Unruhen in direktem Zusammenhang mit der Corona-Krise (siehe Karte 1).

Zweitens bedeutet die Ausbreitung des potentiell tödlichen Virus eine physische Bedrohung für die Bevölkerung weltweit. Dabei ist genau wie bei staatlicher Repression nicht klar, wer von der Pandemie getötet werden wird. Es steigt damit das Bedrohungspotential für alle Personen und es wird für Zivilisten zwingend erforderlich, im Falle einer Infektion medizinische Hilfe zu bekommen. In Konfliktregionen muss sich die zivile Bevölkerung entscheiden, ob sie die Regierung oder die Rebellen unterstützen will. Jedoch existieren viele Bürgerkriege gerade deshalb, weil die Regierungen nicht bereit sind, allen Teilen der Bevölkerung die gleichen Rechte und den gleichen Zugang zu Leistungen des Staates einzuräumen. So werden bestimmte ethnische und religiöse Gruppen häufig ganz ausgeschlossen. In diesem Fall droht die Entstehung beziehungsweise Vertiefung von Abhängigkeitsverhältnissen der betroffenen Bevölkerungsgruppen zu nicht-staatlichen Gewaltakteuren, die diese Entwicklung mittel- und langfristig auch zur Rekrutierung neuer Anhänger nutzen werden.

Drittens erhöht die COVID-19-Krise die Wirksamkeit selektiver Anreize durch nicht-staatliche Gruppen erheblich. Weltweit nutzen verschiedene Gewaltakteure die derzeitige Lage, um ihre Attraktivität als Alternative zu staatlichen Institutionen oder internationalen Hilfsorganisationen zu steigern. Dabei profitieren diese Gruppen von korrupten und/oder durch die Krise überforderten staatlichen Institutionen. Diejenigen Gewaltakteure, die sich bereits zuvor auf die Bereitstellung bestimmter sozialer Leistungen spezialisiert hatten, haben ihre Aktivitäten gerade im Bereich der medizinischen Grundversorgung als direkte Reaktion auf die Krise intensiviert. So veröffentlichte die dschihadistische Organisation al-Shabab Infomaterial zur Eindämmung des Virus,¹¹ im Libanon stellte die Hisbollah eigenes Personal und Logistik zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung bereit¹² und die afghanischen Taliban sagten medizinischem Personal sicheres Geleit durch von ihnen kontrolliertes Gebiet zu, starteten eine Informationskampagne zur Eindämmung des Virus und erklärten sich dazu bereit, in besonders stark betroffenen Gebieten des Landes eine zeitlich begrenzte Waffenruhe einzuhalten.¹³

In der syrischen Provinz Idlib, wo die medizinische Infrastruktur durch Angriffe der syrischen und russischen Streitkräfte in den vergangenen Jahren systematisch zerstört wurde,¹⁴ reagierten von der dschihadistischen Hayat Tahrir al-Sham (HTS) dominierte Einrichtungen mit zahlreichen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor dem Virus. So wurden Freitagspredigten temporär ausgesetzt, das öffentliche Leben stark eingeschränkt, Schulungen von freiwilligen medizinischen Helfern organisiert, öffentliche Plätze desinfiziert, Einrichtung von Quarantäne-Räumlichkeiten vorgenommen, Fiebermessungen besonders an Grenzübergängen durchgeführt, Kontrollen und Schließungen von Märkten und Betrieben veranlasst, die sich nicht an die von der Organisation erlassenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus hielten, Atemmasken und Handschuhe verteilt und Aufklärungskampagnen durch Plakate und Veröffentlichungen durchgeführt.¹⁵

Viertens ist diese Krise eine Chance für extremistische Propaganda, da sich Gewaltakteure trotz mangelnder Kapazitäten und militärischer Rückschläge ihrer jeweiligen Zielgruppe durch kostengünstige und gleichzeitig öffentlichkeitswirksame Kampagnen als verantwortungsbewusste und der Bevölkerung zugewandte Akteure inszenieren und staatliche Institutionen für eine Verschlechterung der Lage verantwortlich machen. Gewaltakteure können so Relevanz suggerieren, auch wenn ihr realer Handlungsspielraum stark eingeschränkt ist.

Erhöhte physische
Bedrohung für die
Bevölkerung weltweit

Erhöhte Wirk-
samkeit von selek-
tiven Anreizen

Medizinische
Versorgung durch
bewaffnete Gruppen

Die Krise als
Chance für extremis-
tische Propaganda

In der Summe kann davon ausgegangen werden, dass die Verbreitung des Virus bis zu seinem Abflauen oder der Entwicklung eines Impfstoffes zu stark erhöhten Rekrutierungsmöglichkeiten führt, wenn die dargestellten Bedingungen erfüllt sind. Selbst darüber hinaus wird die Krise nachgelagerte Effekte haben, welche für Gewaltakteure von erheblichem Nutzen sein können. Während das Risiko steigt, haben Regierungen weniger Ressourcen, um sich der Bedrohung durch nicht-staatliche Gewaltakteure entgegen zu stellen. Sicherheitskräfte selbst sind mit der Überwachung des Lockdowns befasst. Durch den drohenden wirtschaftlichen Kollaps werden sogar in einem optimistischen Szenario relevante Budgets weiter sinken. Dazu kommen potentiell schwerwiegende Folgen wie Nahrungsmittel- und Trinkwasserknappheit. Gleichzeitig wird Hilfe von außen weniger wahrscheinlich, da Geberländer vorwiegend mit sich selbst beschäftigt sein werden.

4. Handlungsempfehlungen

Über kurz oder lang werden die größeren Rekrutierungspotentiale im Ausland auch einen Einfluss auf deutsche Interessen haben. So ist zu erwarten, dass sich etliche bewaffnete Konflikte verschärfen, was zu größerem Leid unter der Bevölkerung und schließlich auch zu mehr Migration in Richtung Europa führen kann. Somit wird auch der Druck auf westliche Nationen wachsen, das bereits bestehende militärische Engagement zu intensivieren. Deutschland und die Europäische Union sollten daher versuchen, dem entgegenzutreten, indem bereits jetzt die Maßnahmen zur Eindämmung von gewaltsamem Extremismus erhöht werden. Zudem muss dafür gesorgt werden, dass die Erzwingung von Lockdowns nicht zu unverhältnismäßiger Gewalt gegen Zivilisten führt. Hier kann Deutschland durch eine Verstärkung seiner Unterstützung für staatliche Akteure dafür sorgen, dass diese im Umgang mit der zivilen Bevölkerung besser ausgebildet werden.²⁰ Schließlich führt die Pandemie unweigerlich zu einer Verschiebung von limitierten staatlichen Ressourcen. Nichtsdestotrotz darf der Kampf gegen terroristische Organisationen nicht aus den Augen verloren werden. Aufgrund des zu erwartenden Anstiegs der terroristischen Aktivität ist es sinnvoll, bereits jetzt über ein intensiviertes Engagement nachzudenken.

Hilfe für Menschen in Madagaskar, Afghanistan oder dem Kongo ist in dieser Krisensituation nicht immer einfach zu vermitteln, doch genau dafür sollten politische Entscheidungsträger in Deutschland und Europa jetzt werben. Deutschland sollte für besonders betroffene Länder wirtschaftliche, gesundheitliche und logistische Soforthilfe leisten, um die zu erwartende Krise zumindest anteilig abzufedern. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und verschiedene Nichtregierungsorganisationen spielen dabei eine Schlüsselrolle. Bei anstehenden Entscheidungen über etwaige Mandatsverlängerungen der bestehenden Bundeswehreinätze, beispielsweise in Mali, muss die Pandemie in besonderer Weise berücksichtigt werden²¹. Dabei geht es nicht nur um die zu erwartende Wirkung der Einsätze selbst, sondern auch in erhöhtem Maße um die Signalwirkung in einer solch schwierigen Zeit. Sollte Deutschland seine Hilfe zurückfahren, werden es auch andere tun. Um auf Veränderungen bestmöglich reagieren zu können, sollte Deutschland weiterhin in *Forecasting* und *Foresight* investieren. So hat das Auswärtige Amt in den letzten Jahren den Bereich Krisenfrüherkennung, Konfliktanalyse und Strategische Vorausschau ausgebaut und sollte dies auch weiterführen. Durch die potentiell enormen Auswirkungen, welche die Pandemie auf die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Lage in Afrika und darüber hinaus haben kann, muss Deutschland, um seine eigenen Interessen zu wahren, bereits jetzt dazu beitragen, die Folgen abzumildern. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Deutschland in der nahen Zukunft vor wesentlich größeren Problemen steht als heute. Durch spezifische Hilfe für Afrika aber auch darüber hinaus für den Nahen Osten und Südasien helfen wir letztlich uns selbst.

- 1 Ghanem, H. (2020) Africa's Pulse: Assessing the Economic Impact of COVID-19 and Policy Responses in sub-Saharan Africa. World Bank. April, Volume 21. <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/33541/9781464815683.pdf> (Abruf: 23.07.2020).
- 2 Harvey, F. (2020) Coronavirus pandemic "will cause famine of biblical proportions. Guardian. 21 April. <https://www.theguardian.com/global-development/2020/apr/21/coronavirus-pandemic-will-cause-famine-of-biblical-proportions> (Abruf: 23.07.2020).
- 3 Schon, J. (2020) Protecting Refugees in the Middle East from Coronavirus: A Fight against Two Reinforcing Contagions. POMEPS. <https://pomeps.org/protecting-refugees-in-the-middle-east-from-coronavirus-a-fight-against-two-reinforcing-contagions> (Abruf: 23.07.2020).
- 4 Lichbach, M. I. (1998) The Rebel's Dilemma. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- 5 Brandsch, J. (2020) Killing Civilians in Civil War: The Rationale of Indiscriminate Violence. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- 6 Kalyvas, S. N., und Kocher, M. A. (2007) How 'Free' is Free Riding in Civil Wars?: Violence, Insurgency, and the Collective Action Problem. World Politics, 59 (02), 177–216.
- 7 Souleimanov, E. A., und Aliyev, H. (2015) Blood Revenge and Violent Mobilization: Evidence from the Chechen Wars. International Security, 40 (2), 158–180.
- 8 Hale, T., Petherick A., Phillips, Toby. and Webster, S. (2020) Variation in Government Responses to COVID-19. Blavatnik School of Government Working Paper. 7 April. www.bsg.ox.ac.uk/covidtracker (Abruf: 23.07.2020).
- 9 N. A. (2020) Coronavirus: Security forces kill more Nigerians than Covid-19. BBC. 16 April. <https://www.bbc.com/news/world-africa-52317196> (Abruf: 23.07.2020).
- 10 Peralta, E. (2020) In Kenya, Security Forces Attack Ferry Passengers Trying To Make Coronavirus Curfew. NPR. 27 März. <https://www.npr.org/sections/coronavirus-live-updates/2020/03/27/822559830/in-kenya-security-forces-attack-ferry-passengers-trying-to-make-coronavirus-curf> (Abruf: 23.07.2020).
- 11 Clarke, C. P. (2020) Yesterday's Terrorists Are Today's Public Health Providers. Foreign Policy. 8 April. <https://foreignpolicy.com/2020/04/08/terrorists-nonstate-ungoverned-health-providers-coronavirus-pandemic/> (Abruf: 23.07.2020).
- 12 Collard, R. (2020) Hezbollah Prepares for Its Next War: Against the Coronavirus. Foreign Policy. 31 März. <https://foreignpolicy.com/2020/03/31/hezbollah-prepares-next-war-coronavirus-covid-19-lebanon/> (Abruf: 23.07.2020).
- 13 Putz, U. (2020) Die Taliban, dein Freund und Helfer. NZZ. 7 April. <https://www.nzz.ch/international/afghanistan-die-taliban-betreiben-corona-praevention-ld.1550115> (Abruf: 23.07.2020).
- 14 <https://www.bundestag.de/presse/hib/690100-690100> (Abruf: 23.07.2020).
- 15 N. A. (2020) Coronavirus and The Salvation Government – Hay'at Tahir al-Sham. Jihadology. 25 April. <https://jihadology.net/coronavirus-and-the-salvation-government-hayat-tahir-al-sham/> (Abruf: 23.07.2020).
- 16 Hussain, M. (2020) Journalists Promoted ISIS Coronavirus Propaganda. They Should Stop. The Intercept. 19 April. <https://theintercept.com/2020/04/19/coronavirus-isis-advice/> (Abruf: 23.07.2020).
- 17 Kinzel, W. (2020) Mali, der Terror im Sahel und Covid-19. SWP. 27 April, SWP-Aktuell 2020/A. <https://www.swp-berlin.org/publikation/mali-der-terror-im-sahel-und-covid-19/> (Abruf: 23.07.2020).
- 18 Santini, R. H. (2020) The United Nations Ceasefire Appeal and MENA Conflict Hotspots. POMEPS. <https://pomeps.org/the-united-nations-ceasefire-appeal-and-mena-conflict-hotspots> (Abruf: 23.07.2020).
- 19 N. A. (2020) COVID-19 Disorder Tracker. Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED). <https://acleddata.com/analysis/covid-19-disorder-tracker/> (Abruf: 23.07.2020).
- 20 Ein Beispiel ist die Ausbildungsmission geleitet durch die Baden-Württembergische Polizeihochschule in Gambia, welche vom Auswärtigen Amt finanziert wird.
- 21 Kinzel, W. (2020) Mali, der Terror im Sahel und Covid-19, SWP. 27 April, SWP-Aktuell/A. <https://www.swp-berlin.org/publikation/mali-der-terror-im-sahel-und-covid-19/> (Abruf: 23.07.2020).

Impressum

Die Autoren

Dr. Jürgen Brandsch ist Projektleiter für Kleinwaffenkontrolle in Afrika am BICC in Bonn. Er ist Mitglied im Arbeitskreis Terrorismus und Innere Sicherheit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Caspar Schliephack ist Berater bei der Fachstelle Islam im Land Brandenburg. Er ist Mitglied im Arbeitskreis Terrorismus und Innere Sicherheit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Marcel Dirsus ist Partner bei Occam Strategies. Er ist Mitglied im Arbeitskreis Terrorismus und Innere Sicherheit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Nael Franziska Semaan

Referentin Terrorismusbekämpfung
Hauptabteilung Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3879
nael.semaan@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2020, Berlin

Gestaltung & Satz: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Lektorat: Jenny Kahlert

Die Printausgabe wurde bei copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-727-1



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite

© picture alliance/Photoshot/Amru Salahuddien